

Unsere Universität - heute

Autor(en): Heinz Rupp
Quelle: Basler Stadtbuch
Jahr: 1973

<https://www.baslerstadtbuch.ch/.permalink/stadtbuch/40929e8f-722c-434d-b22f-6a3ecdc05830>

Nutzungsbedingungen

Die Online-Plattform www.baslerstadtbuch.ch ist ein Angebot der Christoph Merian Stiftung. Die auf dieser Plattform veröffentlichten Dokumente stehen für nichtkommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung gratis zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrücke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des vorherigen schriftlichen Einverständnisses der Christoph Merian Stiftung.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Online-Plattform [baslerstadtbuch.ch](http://www.baslerstadtbuch.ch) ist ein Service public der Christoph Merian Stiftung.

<http://www.cms-basel.ch>

<https://www.baslerstadtbuch.ch>

Unsere Universität – heute

Heinz Rupp

Beim Bedenken der Aufgabe, die mir hier gestellt ist, kam mir auch die Frage, was ich wohl geschrieben hätte, wenn man mich vor 13 Jahren, also im November 1960, beauftragt hätte, über den Stand unserer Basler Universität zu berichten. Ausgegangen wäre ich vermutlich vom eindrucksvollen Jubelfest der 500 Jahre alten Alma mater, vom sichtbaren Stolz der Stadt auf ihre Universität, einer erstaunlichen und bewundernswerten Solidarität, die sich nicht nur an der Zahl der Zuschauer beim Festumzug manifestierte, sondern auch in den materiellen Spenden, von denen sogar heute noch einiges vorhanden ist. Ich hätte dann wohl von den Leistungen von Kanton und Stadt für die Universität berichtet, von den Leistungen der Universität selbst und ihrer Dozenten in näherer Vergangenheit und Gegenwart, von den bedeutenden Gelehrten dieser hohen Schule und deren Forschungen.

Heute, 13 Jahre später, drängt sich anderes in den Vordergrund. Der Kanton steckt tief in der Finanzkrise. Alles muß sparen, und die Universität muß mitsparen. Ihr wird keine Sonderrolle im Gemeinwesen zuerkannt. Eine Priorität, was ihren Ausbau betrifft, kommt ihr nicht zu. Vom Stolz der Stadt auf ihre Universität hört man heute wenig. Die Universität ist zur Last geworden, die man trägt, aber kaum mehr tragen kann. Schon hat man

da und dort mit dem Gedanken gespielt, ob es nicht klüger sei, diese Last loszuwerden und dem Bund aufzuladen. Auch die Universität soll endlich sparen: wofür braucht sie Lehraufträge für Völkerrecht und Bauernhausforschung, weshalb überhaupt so viele Lehrkräfte, ginge es nicht auch mit weniger? Solche und ähnliche Fragen und Vorwürfe sind immer häufiger zu hören und zu lesen.

Die Universität ist fast vollständig vom politischen Willen der Bevölkerung unseres Stadtkantons, sie finanziell zu tragen, abhängig (nur etwa 12% der Hochschulausgaben werden gegenwärtig vom Bund übernommen). Die Probleme der Universität werden daher automatisch zu Problemen des Kantons, die Probleme des Kantons zu Problemen der Universität. Ein Psychogramm Basels, wie es das Stadtbuch von Jahr zu Jahr zu entwerfen versucht, muß daher diese Entwicklung zur Universitätsmüdigkeit in Basel enthalten, ihre Ursachen aufzudecken und die daraus erwachsenden Schwierigkeiten der Universität darzulegen suchen.

Hier ist zuerst einmal festzustellen, daß diese Universitätsmüdigkeit nicht plötzlich und nicht sofort nach der 500-Jahrfeier entstand. Bis in die späten sechziger Jahre hinein kann sich die Universität über Förderung und Ausbau von seiten des Staates nicht beklagen. Im Gegenteil: Fast alle Ausbauwünsche der Fakultäten

wurden erfüllt; die Zahl der Ordinariate stieg beachtlich an, vor allem in der philosophisch-historischen Fakultät; der beamtete Mittelbau (vollamtliche Dozenten, wissenschaftliche Assistenten, Abteilungsleiter) nahm in der philosophisch-naturwissenschaftlichen und der medizinischen Fakultät mächtig zu; die Zahl der befristet angestellten Assistenten wuchs, Stellen für technisches und Verwaltungs-Personal wurden geschaffen, die Betriebskredite erhöht. Der Kanton tat viel für seine Universität, und er mußte auch viel tun, da die Studentenzahlen in steiler Kurve anstiegen: Sommersemester 1960 2491, Sommersemester 1968 3851 Studenten. Im Rückblick muß man Behörden und Parlament dankbar für diese Leistungen sein, kritisieren könnte man von heute aus gesehen höchstens, daß manchmal zu sorglos den Anträgen der Universität gefolgt wurde, die eben da und dort mehr ad personam als ad rem zielten. In Berufungs- und Abwehrverhandlungen war man erfreulich freigebig; kleinere Fächer erhielten eine personelle und sachliche Ausstattung, die den unbedingt nötigen Bedarf übertraf – auch das erfreulich, solange die studententensiven Fächer nicht zu kurz kamen, was auch nicht geschah, es sei denn, man begnügte sich und stellte keine Anträge. Man darf also – von der Universität aus gesehen – gut und gern von den glücklichen sechziger Jahren reden. Am Ende dieses Jahrzehnts trat langsam, aber immer deutlicher sichtbar, die Wende ein.

Es entstand in Basel – und darin unterscheidet sich Basel nicht von seinen Nachbarn – ein Problem, welches langsam, aber sicher zur allesbeherrschenden Sorge der Basler Regierungspolitik wurde: Die Finanzklemme. Sie brachte eine Umstellung der Basler Ausgabenpolitik: Aus der

Möglichkeit, zwischen verschiedenem Wünschbarem zu wählen, wurde die Notwendigkeit, auf Wichtiges zu verzichten. In solchen Abwägungsspielen haben Kultur und Erziehung immer eine schwache Position. Zwar bestreitet niemand ihre Notwendigkeit, die Grenze zwischen dem unabdingbaren Minimum und dem Wünschbaren ist jedoch sehr fließend und bietet einen weiten Ermessensspielraum. Es ist direkter an den Folgen ablesbar, wenn Einsparungen bei der Kehrriichtabfuhr, den Verkehrsbetrieben oder der Feuerwehr vorgenommen werden, als wenn die Teilnehmerzahlen an Seminarübungen von 25 auf 40, 60 oder sogar 80 erhöht werden müssen.

Am 30. August 1969 faßte der Regierungsrat folgenden Beschluß: Für die Jahre 1970 bis 1972 dürfen die gesamten Personalausgaben der Universität einschließlich der Museen nur um maximal 2% pro Jahr steigen. Dieser sogenannte Plafondbeschluß traf die Universität in einer heiklen Umbruchphase. Von der Zunahme der Studentenzahlen wurde schon gesprochen. Die sechziger Jahre brachten aber auch grundlegende Veränderungen in der Einschätzung der universitären Lehrveranstaltungen. Stand bisher die Vorlesung im Vordergrund, so glaubte man jetzt zu erkennen, daß der Lehrerfolg in intensiven praktischen Übungen kleiner Gruppen für bestimmte Lehrziele und -inhalte bedeutend größer sein kann als in der klassischen Form der Vorlesung. Seminarübungen, Gruppenunterricht, Colloquien rückten immer mehr in den Vordergrund. Dieser Wechsel in den Lehrformen bringt aber eine stärkere Belastung der akademischen Lehrer mit sich; die neuen Lehrformen sind personalintensiv.

Der Plafondbeschluß von 1969 ist von

der Universität heftig kritisiert und beklagt worden, brachte er doch eine schwungvolle Ausbauphase, die parallel zum rapiden Anwachsen der Studentenzahlen verlief, zum Abschluß. Betroffen davon waren vor allem die Fächer, die, aus welchen Gründen auch immer, in den glücklichen sechziger Jahren zurückhaltend gewesen waren.

Rückblickend muß man sagen, daß der erste Plafonierungsbeschluß die Universität in eine schwierige, aber noch nicht gefährliche Lage brachte. Aber die Situation spitzte sich zu: Dem 2% Plafond folgte 1973 der ½% Plafond, und seit dem September 1973 steht die Universität unter der Auflage, bis Mitte 1974 2% ihrer Stellen einzusparen – das wären etwa 15 Ordinariate oder 32 Assistentenstellen – und 10% ihrer Lehraufträge und Lektorate zu streichen; bei der eigenartigen Personalrotationsstruktur der Universität eine für die Universität höchst gefährliche Auflage, da ja nur gestrichen werden kann, was jetzt zufällig frei wird. Dem jetzigen Minus-Plafond und auch der Stagnation des Zuwachses bei Betriebskosten und Investitionen steht das stetige Wachstum der Studentenzahlen gegenüber: 1960 2491, 1968 3851, 1973 4713. Das Bild einer sich immer weiter öffnenden Schere drängt sich auf. Die Gefahr einer Existenzbedrohung wächst.

Man muß nun aber auch die «andere Seite» sehen, den Kanton in seinen Finanznöten. Die Kosten für die Universität sind seit 1960 enorm gestiegen, der Anteil der Studenten aus unserem Kanton geht immer stärker zurück zugunsten der Studierenden aus Baselland und der übrigen Schweiz. Unser Stadtkanton erbringt also immer größere Leistungen für die sogenannte Hochschule Schweiz. Was Wunder, wenn die Last langsam zu groß

und die Universitätsmüdigkeit immer größer wird. Weiter: Wo gibt es heute noch eine Volluniversität, die finanziell – bis vor kurzem – ausschließlich von einer Stadt mit 230000 Einwohnern getragen wurde? Der Zwang, die kantonalen Ausgaben für die Universität einzudämmen, und der Ruf nach Hilfe sind also verständlich.

Das noch geltende eidgenössische Hochschulförderungsgesetz, dessen Finanzierung 1974 auslaufen wird, brachte dem Kanton etwa 12% Subvention auf die Betriebskosten der Universität – wenig im Vergleich zu den Leistungen des Kantons. Die eidgenössischen Behörden waren während der letzten Jahre intensiv mit den Vorbereitungen für ein neues Hochschulförderungsgesetz beschäftigt. Es wurden Möglichkeiten überlegt, wie etwa die Übernahme der ganzen naturwissenschaftlichen Fakultät und der vor-klinischen Institute durch den Bund und damit die volle finanzielle Trägerschaft des Bundes für die teuersten Teile der Universität. Der Bund hat diesen Vorschlag des Wissenschaftsrates ad acta gelegt. Der neueste Entwurf für ein neues Hochschulförderungsgesetz scheiterte bereits in der Vernehmlassung. Es mußte wohl mit Recht befürchtet werden, daß der Bund gar nicht in der Lage sei, Subventionen bis zu 40% aufzubringen. Die Stimmen aus Bern sind nicht dazu ange-tan, die Befürchtungen der Hochschulkantone zu zerstreuen.

Nach all dem muß für die nächsten Jahre mit einer Fortsetzung, wenn nicht Verschlimmerung des gegenwärtigen Zustandes gerechnet werden; d.h. immer dünner fließende kantonale Mittel, keine massive Erhöhung der Bundessubventionen auf der einen Seite, auf der andern Seite wachsende Studentenzahlen und fi-

nanziell immer anspruchsvoller werdende Forschungs- und Lehraufgaben. Man ist versucht, diesen Zustand mit dem physikalischen Terminus der Zerreißprobe zu vergleichen.

Wie konnte die Universität auf den Plafonierungsbeschluß vom Sommer 1969 reagieren – auf einen Plafonierungsbeschluß, der nur die Universität und die Spitäler traf, was auch festgehalten werden muß? Die Universität als Ganze konnte nur wenig tun. Das heute noch geltende Universitätsgesetz hat Rektor und Regenz wenig von solchen Kompetenzen zugewiesen, die in dieser Situation die wichtigsten sind. Alle Sachkreditbegehren – außer den vergleichsweise geringen der Seminarkredite – gehen direkt von den Instituten an das Erziehungsdepartement. Das gleiche gilt für Personalanträge; auch hier werden Rektor und Regenz umgangen – nur gerade die Lektorate werden von der Regenz behandelt, die dazu noch ein Anhörungsrecht bei Anträgen auf Schaffung neuer Lehrstühle besitzt (nicht bei persönlichen Ordinariaten). Was bei vielen anderen Universitäten noch in den Kompetenzbereich der Universität fällt, ist bei uns auf Kuratel, Erziehungsrat und Erziehungsdepartement verlagert. Die Universität war also in einer schlechten Situation.

Auf der anderen Seite hat das zuständige Departement rasch erkannt, was der Plafonierungsbeschluß für die Universität bedeutet. Die vergleichsweise großzügige Ausbauphase war abrupt abgebrochen; die wenigen Mittel mußten geplant und gezielt eingesetzt werden. Das bedingte vorgängig eine Entwicklung von Leitbildern und eine Überprüfung der universitären Situation zur Setzung von Prioritäten. Das Departement erkannte, daß es diese Aufgabe selbst nicht leisten

konnte, daß aber wohl auch die Universität nicht in der Lage sei, rasch und zielstrebig vorzugehen. Es beantragte deshalb bei der Regierung, eine Sachverständigenkommission, die heutige Koordinationskommission für Universitätsfragen, einzusetzen. Ihr sollte, als Beratungs- und Empfehlungsorgan des Erziehungsdepartementes und der Kuratel zugeordnet, die Aufgabe zuerteilt werden, den Behörden für alle Universitätsgeschäfte mit finanziellen Auswirkungen Entscheidungsgrundlagen und Empfehlungen zu liefern und die mittelfristige Universitätsplanung in Angriff zu nehmen. Diese Kommission wurde vom Regierungsrat auf Vorschlag des Erziehungsdepartementes im Januar 1970 gewählt und nahm ihre Tätigkeit im Februar 1970 auf. Sie besteht ausschließlich aus Universitätsangehörigen der 4 großen Fakultäten. Zu Anfang gehörten ihr 5 Ordinarien, 1 nebenamtlicher Extraordinarius, 1 vollamtlicher Privatdozent, 1 vollamtlicher Lektor und 1 Assistent an. Heute sind es 5 Ordinarien, 1 vollamtlicher und 1 nebenamtlicher Extraordinarius und zwei Assistenten. 7 ihrer Mitglieder sind von Anfang an tätig. Die Art der Zusammensetzung hat sich bewährt, das Arbeitsklima ist gut. Die Universität war anfänglich etwas verstimmt, weil die Wahl der Mitglieder ohne Vorschlagsrecht der Universität erfolgte. Das Vorgehen des Departementes war aber wohl richtig; die Mitglieder der Kommission sind so weder von Fakultäten noch von irgendwelchen Gruppierungen abhängig, sie sind anderseits als Universitätsangehörige auch den Behörden gegenüber in einer freien Position.

Es könnte jetzt viel über die Arbeit der Koordinationskommission berichtet werden. Etwa von ihren Grundsätzen, von

denen aus sie die einzelnen Aufgaben anzugehen versucht. Von ihrem Willen, möglichst nicht vom grünen Tisch aus zu urteilen, sondern alle und selbst die kleinsten Fragen mit den Betroffenen zu besprechen; ein oft sehr zeitraubendes Vorgehen. Es wäre zu berichten vom Versuch, das Besitzstanddenken der einzelnen Fächer und Fakultäten zurückzudrängen zugunsten eines Pool-Gedankens, der die gesamte Universität erfaßt. Oder von den Versuchen, in den einzelnen Instituten und Fakultäten die Bereitschaft für interne Umstrukturierungen zu wecken, um dadurch strukturelle Verbesserungen zu erreichen. Es wäre zu berichten von der Bearbeitung kleiner und kleinster Probleme, die aber oft sehr viel Zeit kosten und sehr oft gar nicht unwichtig sind, da auch an der Universität der Teufel im Detail steckt. Es wäre zu berichten von den Versuchen, ganze Fachbereiche, wenn es möglich und nötig ist, umzustrukturieren und den heutigen Gegebenheiten anzupassen, so wie es etwa mit den Fachbereichen der Physik und der Geographie geschehen ist. Es wäre ausführlich zu berichten vom Planungsvorhaben der Koordinationskommission für eine mittelfristige Universitätsplanung. Einem Vorhaben, das von dem Gedanken ausgeht, daß möglichst viele Angehörige der Universität sich an diesen Planungsvorgängen beteiligen oder zumindest zu ihnen Stellung nehmen. Es wäre natürlich auch zu berichten, daß diese mittelfristige Planung, zu der bereits aufschlußreiche Dokumente vorliegen, immer mehr zu einer Krisenplanung werden mußte, der für manche Fachbereiche immerhin schon ausreichende Planungsgrundlagen zur Verfügung stehen. Es wäre zu berichten, wie mit dem Übergang von einer Ausbau-

einer Krisenplanung auch manche auf Ganze wohl richtige Ansätze der Koordinationskommission wieder verloren zu gehen drohen. So etwa der Pool-Gedanke – das Besitzstanddenken wird durch die Sparmaßnahmen natürlich wieder gefördert –, während auf der anderen Seite die Bereitschaft zu internen Umstrukturierungen erfreulicherweise wächst.

Um aber ein halbwegs brauchbares und glaubwürdiges Urteil über Stand und Zukunft unserer Universität abgeben zu können, muß ich doch kurz auf einige Gedanken eingehen, die sich mir und den Mitgliedern der Kommission bei der nun schon dreijährigen Arbeit aufgedrängt haben.

Daß die Wörter Planung und Koordination heute so in den Vordergrund gerückt sind, zeigt an, daß man im Universitätsbereich in dieser Beziehung doch wohl einiges versäumt hat. Diese Begriffe weisen aber nicht nur auf Versäumnisse hin, sondern haben gleichzeitig auch Schlagwortcharakter, der gerade im Bereich der Universität nicht ganz ungefährlich ist. Die Universität in Planungs- und Koordinationsüberlegungen einzubeziehen, ist berechtigt. Aber eine Universität ist schneller verplant als andere Institutionen. Das zeigen Erfahrungen aus der Bundesrepublik und auch aus unserem Lande. Universitätsplanung, die hauptsächlich auf quantitativer Basis aufbaut, muß auf die Dauer eine Universität als Lehr- und Bildungsanstalt zerstören. Verhältniszahlen wie: für X Studenten ist 1 Dozent nötig; oder: für 1 Medizinstudenten in der klinischen Ausbildung benötigen Universitätsspitäler 2 Krankbetten, sind absolut unbrauchbar. Sie übersehen, daß solche Globalzahlen genau das Wesentliche einer Universitätsstruktur nicht fassen können: die Verschieden-

heit der einzelnen universitären Einheiten. Der Stellenplan eines chemischen Instituts unterscheidet sich von der Sache her schon von dem des physikalischen; der der Zoologie und Botanik sieht wieder anders aus, und ebenso der eines anatomischen Instituts. Überhaupt nicht vergleichbar sind etwa Stellenpläne naturwissenschaftlicher Institute mit denen geisteswissenschaftlicher, eines deutschen oder historischen Seminars. Und diese unterscheiden sich wieder nicht unbeträchtlich vom Stellenplan der juristischen Fakultät. Eine sinnvolle Universitätsplanung wird deshalb Globalwerte quantitativer Art nicht in den Vordergrund stellen dürfen, sondern von qualitativen Faktoren ausgehen und das Quantitative nur dort, wo es wichtig ist, hinzuziehen müssen. Die qualitativen Faktoren sind aber schwer zu bestimmen und zu gewichten, da sie von inhaltlichen Fragen her zu gewinnen sind. Der Stellenplan eines Instituts ist zuallererst auf die einmal definierten und immer wieder neu zu definierenden Lehr- und Forschungsziele eines Faches auszurichten; denn nur, wenn man weiß, was vom Fach her notwendig und wünschbar ist, läßt sich sagen, wie dieses Notwendige und Wünschbare mit Hilfe von Personen, Lehrveranstaltungen, Investitionen und Betriebskosten durchzuführen ist. Von den definierten Lehrzielen aus muß man sich sehr sorgfältig überlegen, mit welcher Art von Lehrveranstaltungen man diese Lehrziele in einer bestimmten Zeit am besten erreicht. Wo sind etwa Vorlesungen die geeignete Lehrveranstaltung, wo Seminarübungen oder Praktika oder Unterricht am Krankenbett? Da Seminarübungen, Praktika, Gruppenunterricht personalintensiver sind als Vorlesungen, hängt vom Entscheid über die Art der Lehrver-

anstaltung bereits die Strukturierung des Stellenplans und die Anzahl des Lehr- und Hilfspersonals ab. Die Studentenzahl hat hier erst eine sekundäre Bedeutung. Ein einfaches Beispiel: wenn in einer geisteswissenschaftlichen Disziplin bei 130 Studierenden eines Studienjahres verlangt wird, daß sie in einem Fach 4 Stunden Vorlesungen hören und an einem 2stündigen Seminar sich beteiligen sollen, und wenn ich annehme, daß die Seminargröße 25 Teilnehmer nicht überschreiten darf, dann ergibt sich, daß für die Durchführung dieser Lehrveranstaltungen insgesamt $4 + (5 \times 2 =) 10$ also 14 Wochenstunden nötig sind. Ist man der Meinung, daß 2 Stunden Vorlesung genügen, daß aber 4 Seminarstunden gefordert werden, dann erhöht sich der notwendige Wochenstundenbedarf von 14 auf 22. Bei einer Wochenstundenverpflichtung von 8 Stunden für den Ordinarius bedeutet das, daß im einen Fall, sit venia verbo, $1\frac{1}{4}$ Ordinarien nötig sind, im andern Fall $2\frac{3}{4}$. Die finanziellen Konsequenzen für solche Entscheidungen über die Art der Lehrveranstaltungen liegen auf der Hand.

Ein weiteres schwerwiegendes und in den meisten Universitätsplanungen viel zu wenig beachtetes Problem kommt hinzu: das Problem der universitären Lehrer- und Forscherpersönlichkeit. Die Qualität einer Universität steht und fällt mit der Qualität derer, die an ihr lehren und forschen. Gesellschaft, Universität und Studenten stellen mit Recht an Universitätslehrer die höchsten Forderungen. Ein hochqualifizierter Universitätsdozent ist aber immer – und muß es auch sein – eine Individualität, eine Persönlichkeit eigenen Stils, die nicht in ein Schema F gepreßt werden kann, in dem, eingengt und beengt, sich die Qualitäten des Do-

zenten zum Schaden der Universität und der Studierenden nicht auswirken können. Das heißt nicht, daß der Universitätslehrer tun und lassen darf, was er will. Er hat mit seinem Lehr- und Forscheramt an der Universität Aufgaben übernommen, die bereits in seiner Lehrverpflichtung für ein bestimmtes Fach enthalten sind. Er ist mit anderen verpflichtet, seine Studenten in einem Fach und in gewissem Sinn auch auf einen Beruf hin auszubilden. Aber neben diesen, seinem Amt zugehörigen Pflichten, muß man ihm einen Freiheitsspielraum gewähren – das besagt die Formel von der Freiheit von Forschung und Lehre –, in dem er seine speziellen Qualitäten wirken lassen kann. Und man muß zum andern, wenigstens in einem gewissen Sinn, berücksichtigen, wo die spezifischen Qualitäten eines Universitätsdozenten liegen, damit er sich optimal entfalten und damit auch eine optimale Wirkung auf die Lernenden erzielen kann. Wir dürfen die Universitätsdozenten nicht verplanen, weil wir sonst in Gefahr geraten, selbst bei qualitativ guter Auswahl der Dozenten, sie nicht optimal einzusetzen und damit der Qualität der Universität Schaden zuzufügen. Auch hier muß die richtige Mitte gefunden werden, und auch diese Frage macht eine universitäre Planung nicht leichter.

Diese wenigen Hinweise müssen genügen. Ich muß es mir versagen, auf Probleme eidgenössischer Bildungspolitik einzugehen, die natürlich auch für unsere Universität von eminenter Bedeutung sind. Etwa die Frage, ob es vernünftig ist, immer stärker die Universität als selbstverständliche Fortsetzung der Gymnasien zu betrachten. Ich beschränke mich auf die Probleme, die unsere Universität betreffen, und die Sorgen, die ich persönlich um unsere Universität habe.

Da ist zuerst das Anwachsen der Studentenzahlen, das sich nicht gleichmäßig auf die ganze Universität verteilt, sondern einzelne Fakultäten besonders in Bedrängnis bringt und hier vor allem die philosophisch-historische Fakultät. Die Zahl der Erstimmatrikulierten hat im Vergleich zum Wintersemester 72/73 im Wintersemester 73/74 um 50% zugenommen. Neue Maturitätstypen sollen in absehbarer Zukunft eidgenössisch anerkannt werden. Wie sich dies auf den Zustrom zur Universität auswirken wird, wissen wir heute noch nicht. Dem Anwachsen der Studentenzahlen stehen die Sparmaßnahmen der Kantonsregierung gegenüber. Die studentenintensiven Fächer sind bis heute (Dezember 1973) von den Sparmaßnahmen noch wenig betroffen. Sollten sie davon stärker betroffen werden, so entstehen hier sehr ernste Gefahren für die Ausbildung der Studierenden, vor allem natürlich für die Qualität der Ausbildung. Ein Sparen im Bereich kleiner Fächer und sogenannter Luxusfächer ist meist unmöglich, da kaum Stellen frei werden. Und selbst wenn Stellen frei würden, bleibt die Frage, ob eine Universität ohne Kleinfächer als Universität lebensfähig bleiben kann. Man könnte auf das eine oder andere in Not-situationen vielleicht verzichten. Aber ein radikaler Abbau macht eine Universität zur reinen Ausbildungsstätte, während sie doch immerhin auch noch etwas mehr sein sollte. Die Zunahme der Studentenzahlen und die bisherige Zunahme des universitären Personals haben aber auch noch andere recht unliebsame Konsequenzen. Es ist falsch zu glauben, wenn ein Institut für 100 Studenten 2 Dozenten und 2 Assistenten zur Verfügung hat und dasselbe Institut mit 400 Studenten 8 Dozenten und 8 Assistenten, daß dann die

Belastung der einzelnen Dozenten und Assistenten gleich bleibe. Der Betrieb hat sich vergrößert, es wird alles schwieriger und zeitraubender. Wenn 2 Dozenten und 2 Assistenten sich über die Lehrveranstaltungen des nächsten Semesters unterhalten, sind sie wahrscheinlich in einer knappen halben Stunde fertig. Wenn 8 Dozenten und 8 Assistenten über das gleiche Problem beraten, dann brauchen sie erfahrungsgemäß mindestens das Vierfache an Zeit, und 16 Personen sind daran beteiligt. Das heißt, der Betrieb, der Verwaltungsbetrieb, wenn man so sagen darf, hat sich vergrößert und ist schwerfällig geworden. In den letzten Jahren hat sich die Belastung der Dozenten und Assistenten auf diesem Sektor vervielfacht. Diese Zeitbeanspruchung geht aber auf Kosten der eigentlichen Aufgaben der Universitätslehrer, auf Kosten von Lehre und Forschung. Und auch dies muß ganz deutlich gesehen werden. Es ist eine nicht unwichtige Aufgabe für Behörden und Parlament, so meine ich, dafür ernsthaft besorgt zu sein, daß Universitätslehrer wieder in erster Linie Lehrer und Forscher sein können und ihre Leistungsfähigkeit nicht in immer mehr Sitzungen verbrauchen müssen.

Betrachtet man nun kurz die einzelnen Fakultäten, so ist folgendes zu sagen: die Situation in der theologischen Fakultät ist aufs Ganze gesehen unproblematisch. Die iuristische Fakultät dagegen hat große Sorgen: die Wiederbesetzung vakanter Lehrstühle mit qualifizierten Dozenten erweist sich als immer schwieriger. Die Gründe sind vielfältig und zum Teil fachspezifisch. Die Schaffung neuer Dozentenstellen, die dringend nötig wären, ist vorläufig durch die Sparmaßnahmen der Regierung verunmöglicht. Die medizinische Fakultät hat Sorgen eigener Art.

Die Ausbildungskapazität reicht bis heute noch aus, wenn auch bereits kleinere Studentengruppen einen Teil ihrer klinischen Ausbildung in außerkantonalen Spitälern erhalten. Ein möglicher Rückgang der Patientenzahlen – stationär und ambulant – kann aber in absehbarer Zeit zu schwerwiegenden Problemen und Engpässen führen, die zu beheben vielleicht nicht mehr möglich sein wird. Auch die Ausbildung kleiner Studentengruppen an außerkantonalen Spitälern macht immer mehr Sorgen und läßt ahnen, daß Lösungen dieser Art vielleicht nicht die besten sind. In der philosophisch-historischen Fakultät sind die kleinen Fächer aufs Ganze gesehen ausreichend dotiert; bei den großen, studentenintensiven Fächern, deren Studentenzahlen immer weiter zunehmen, tauchen ernste Probleme auf. Das gilt vor allem für Germanisten und Romanisten. Stellenplanberechnungen haben ergeben, daß bei den heutigen Curricula und bei Einhaltung einer vernünftigen Seminargröße, bei der ein qualitativ ausreichendes Arbeiten noch möglich ist, das vorhandene Stundenangebot nicht ausreicht, selbst wenn man sich nur auf das Nötige beschränkt und es den Dozenten nicht mehr möglich ist, Spezialvorlesungen über eigene Forschungsgebiete zu halten. Und gerade in den großen Fächern der philosophisch-historischen Fakultät, bei den Germanisten, Anglisten, Romanisten und Historikern, macht sich der wachsende Betrieb als zeitraubender Faktor immer stärker bemerkbar. Ein anderes macht diese Fakultät noch zu einem Sorgenkind – und ich sage das nicht, weil ich selbst dieser Fakultät angehöre –: sie ist durch die Sparmaßnahmen besonders gefährdet. Im Gegensatz zu den naturwissenschaftlichen Fakultäten sind ihre Lehraufträge

und Lektorate meist nicht durch Beam-
tungen abgesichert und deshalb in
dauernder Gefahr, gestrichen zu werden.
Ihre kleinen Fächer sind viel leichter als
Luxusfächer zu deklarieren und damit als
nicht besonders wichtig und leicht zu
opfern, wobei man übersieht, daß eine
philosophische Fakultät ohne einen Kreis
von solchen Fächern verkümmern muß.
Was schließlich die philosophisch-natur-
wissenschaftliche Fakultät betrifft, so
wird man sagen dürfen, daß an einigen
Fächern die Zustände soweit in Ordnung
sind und die jetzigen Studentenzahlen
noch qualitativ ausreichend ausgebildet
werden können. Man kann das behaupten,
weil die Zunahme der Studenten in
dieser Fakultät sich seit einigen Jahren in
bescheidenen Grenzen hält. Aber auch in
dieser Fakultät gibt es Engpässe, so etwa
in den biologischen Disziplinen. Die Sorgen
liegen hier – zum Teil wenigstens –
nicht im personellen, sondern im materiellen
Sektor. Gerade die großen Institute
leiden unter der Plafonierung der
Betriebskosten und Investitionen. Neue
Erkenntnisse müssen wie überall in die
Lehre eingehen. In den Geisteswissenschaften
ist das ebenso, aber hier genügen
Bücher, in den Naturwissenschaften
braucht es immer teurere Apparaturen,
der Verschleiß durch große Studentenzahlen
wird rascher. Ein Stagnieren der
Betriebs- und Investitionskredite führt in
wenigen Jahren zu üblen Konsequenzen.
Beschleunigt wird dies noch dadurch, daß
gerade unsere großen phil. II-Institute
bisher recht bescheiden waren, was
Vergleiche mit unseren anderen Universitäten
zeigen.

Ähnlich sorgenvoll ist der Blick auf die
Universitätsbibliothek. Enorme Preisanstiege
am Büchermarkt und Stagnation
der Betriebskosten können in kurzer Zeit

Lücken schaffen, die die Leistungsfähigkeit
der Universitätsbibliothek beträchtlich
mindern und einen Nachholbedarf
entstehen lassen, der kaum oder nur mit
dem Einsatz sehr großer Mittel einst wieder
befriedigt werden kann.

Der Blick in die Zukunft sieht für die
Universität nicht rosig aus. Die Studentenzahlen
werden weiter zunehmen. Muß die
Sparpolitik der Regierung weitergeführt
werden, dann werden schon aus
Gründen der Wahrscheinlichkeit auch
Positionen bei den studentenintensiven
Fächern gestrichen werden. Ein neues
eidgenössisches Hochschulförderungs-
gesetz ist frühestens 1976 zu erwarten, und
ob sich bis dahin die Finanzlage des Bundes
so bessert, daß den Universitätskantonen
mehr als bisher geholfen werden
kann, steht in den Sternen. Das einzige,
was der Universität Basel helfen könnte,
wäre eine Mitträgerschaft der Universität
durch unseren Nachbarkanton. Von der
Sache her wäre eine solche Mitträgerschaft
berechtigt, nähert sich doch die
Aufteilung der Studierenden immer mehr
dahin, daß $\frac{1}{3}$ der Studenten aus der Stadt,
 $\frac{1}{3}$ aus der Landschaft und $\frac{1}{3}$ aus der übrigen
Schweiz kommen. Eine Mitträgerschaft
der Universität durch den Kanton
Basellandschaft würde unserem Kanton
wenigstens einen Teil der Lasten, die er
im gesamtschweizerischen Interesse trägt,
abnehmen. Verhandlungen laufen, und
wir können nur hoffen, daß sie zu einem
guten Ergebnis führen.

Unser Stadtkanton hat bisher seine
Universität als seine kantonale Aufgabe
betrachtet und auch weitgehend selbständig
getragen. Und ich glaube, daß es auch
heute noch nicht so weit ist, daß die
Bewohner dieser Stadt und dieses Kantons
diese Aufgabe grundsätzlich ablehnen.
Aber dieses Kind der Stadt ist heute zu

groß geworden. Die Finanzkraft des Kantons reicht nicht mehr aus, um die Universität und auch andere überkantonale und überregionale Aufgaben im gesamten bisherigen Umfang und Wachstum zu erhalten. Allein kantonale gesehen lassen sich die Probleme der Universität nicht mehr lösen. Es werden sogar politische Entscheidungen nötig, denn man kann nicht auf der einen Seite Personal abbauen und auf der andern Seite die Studentenzahlen wachsen lassen. Einen Ausweg aus dieser für die Universität und für die Bevölkerung belastenden Situation gibt es, wenn der Vertrag mit unserem Nachbarkanton zustande kommt. Aber auch dann werden beide Halbkantone Lasten tragen, die über ihre kantonalen Aufgaben hinausgehen. Und erst, wenn die Ausgestaltung der Universitäten als nationale Aufgabe erkannt ist, wenn der Bund und die Nichthochschulkantone den Hochschulkantonen mit angemessener Hilfe entgegenkommen, erst dann sehe ich wieder bessere Zeiten für unsere Basler Universität.